



Jetzt energiepolitische Wende einleiten!

Die tragischen Ereignisse in Japan lösen grosse Betroffenheit aus. Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den in Japan leidenden Menschen. Es gehört zur internationalen Verantwortung der Schweiz, den vom Erdbeben, vom Tsunami und von der Atom-Katastrophe betroffenen Gebieten eine möglichst gute Hilfe zukommen zu lassen. Zugleich gehört es jetzt zur gemeinsamen Verantwortung aller Völker und Gemeinwesen, die richtigen Schlüsse aus dem atomaren GAU zu ziehen. Auch in Graubünden. Die langjährige energiepolitische Position der SP sowie unsere Einschätzung der tatsächlichen Gefahren wurden leider bestätigt: **Kein Weg führt nun am Atomausstieg und am Umstieg auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien vorbei!**

Nach der in den letzten Jahren von der Atomlobby und den bürgerlichen Parteien angesprochenen Diskussion über die Notwendigkeit der Atomkraft ist es nicht sehr glaubwürdig, wenn sich einige dieser Parteien und Exponenten nun plötzlich zum Atomausstieg bekennen. Trotzdem begrüsst die SP diese späte Einsicht. Lieber spät als nie!

Was es jetzt braucht, ist nicht ein Verharren in den parteipolitischen Gräben. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, um mit allen lösungsorientierten Parteien und Gruppierungen eine Vorwärtsstrategie zu entwickeln, die uns zur energiepolitischen Wende führt. Viele Experten und auch Szenarien des Bundes bestätigen, dass das Ziel einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien möglich ist. Dafür sind allerdings grosse Anstrengungen notwendig, die man nur gemeinsam meistern kann.

Mit dem kantonalen Energiegesetz, das seit 1. Januar 2011 in Kraft ist, hat der Kanton eine gute Grundlage für eine energiepolitisch erfolgreiche und volkswirtschaftlich bedeutende Offensive. Es braucht jetzt aber einen besonderen Effort, um die gesetzlichen Möglichkeiten und die Potenziale Graubündens zu nutzen. Es darf nicht sein, dass es wie in den 80er und 90er Jahren wieder zu einer Art energiepolitischem „kalten Krieg“ in Graubünden kommt. Es braucht einen breit abgestützten Konsens um erfolgreich agieren zu können.

Als grosse Chancen und Zukunftsherausforderungen stehen für Graubünden insbesondere die Solarenergie und eine massive Effizienzsteigerung im Vordergrund. Eine entsprechende Förderung ist jetzt dringlicher denn je. Dabei ist für die SP Graubünden klar, dass Lockerungen beim Landschaftsschutz erst denkbar und für die Bevölkerung akzeptabel sind, wenn das Potenzial bei der Energieeffizienz und bei der Solarenergie ausgeschöpft ist. Davon sind wir heute jedoch noch weit entfernt. In diesem Sinne fordert die SP Graubünden vom Kanton:

- Das Bekenntnis zum Atomausstieg und zu einer umwelt- und menschonenden Energieversorgung;
- die Einberufung einer kantonalen Energiekonferenz mit Energiefachleuten und Personen aus Politik und Wirtschaft zur Erarbeitung eines möglichst breiten politischen Konsenses für eine zukunftsgerichtete und erfolgreiche Energiepolitik;
- die Entwicklung einer eigentlichen Bündner Energie- und Cleantech-Offensive für neue erneuerbare Energie und Energieeffizienz im Sinne gezielter Wirtschaftsförderung sowie die Bereitstellung der dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel;
- den Einsatz für einen geordneten Rückzug aus allen direkten und indirekten Beteiligungen an Atomanlagen von Kraftwerksgesellschaften mit „Bündner Beteiligung“;
- keine Ausweichmanöver in akut klimagefährdende Grosstechnologien wie Kohle- und Gaskraftwerke;
- eine echte Prioritätensetzung zugunsten der neuen Technologien (Sonne, Wind, Biomasse) sowie einen Energierichtplan, der auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Landschaft und Natur die Planung für den Bau von Windkraftanlagen und den massvollen Ausbau der Wasserkraft regelt;
- eine kritische Analyse aller technischen und klimatischen Gefährdungspotenziale von Anlagen mit „Bündner Beteiligung“.